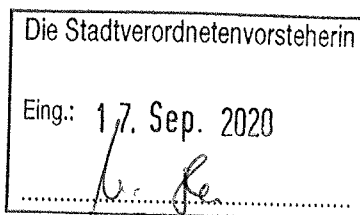


FDP Stadtverordnetenfraktion · Auf der Röd 11 · 36041 Fulda  
Stadt Fulda - Stadtverordnetenvorsteherin  
Frau Margarete Hartmann  
Schlossstr. 1  
36037 Fulda



per E-Mail

## Antrag

Fulda, 16. September 2020

**Freie Demokratische Partei**  
Stadtverordnetenfraktion Fulda  
Auf der Röd 11  
36041 Fulda

T: 0170 810 3173  
F: 03222 377 87 21

michael.grosch@fdp-fulda.de  
www.fdp-fulda.de

**Michael Grosch**  
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda  
IBAN: DE14 5305 0180  
0000 0531 12  
BIC: HELADEF1FDS

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die FDP-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt:

Die Friedhofssatzung der Stadt Fulda wird durch das Angebot von Urnenwänden und Urnenstehlen ergänzt.

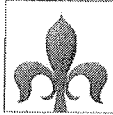
### Begründung:

Für die vorgenannten Bestattungsarten besteht eine grundsätzlich hinreichende Nachfrage. Viele ältere Menschen wünschen sich eine Bestattungsform, welche den Erben wenig Arbeit bereitet. Insbesondere dann, wenn diese nicht in Fulda wohnen.

Niemand wünscht sich ein ungepflegtes Grab oder möchte in dem Vertrauen darauf leben, dass nach seinem Tode eine Grabpflege beauftragt wird, ungeachtet dessen, dass sich viele dies auch nicht leisten können wollen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Michael Grosch  
Fraktionsvorsitzender



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Okt. 2020

*L. Se.*

Christlich Demokratische Union  
Stadtverordnetenfraktion Fulda  
Schlossstr.1 36037 Fulda

Bankverbindung:  
Sparkasse Fulda  
BLZ 530 50180  
Kto Nr. 400 27 438

Tel.: 0661 54580  
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss

36037 Fulda



Fulda, den 12.10.2020

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion  
für die Stadtverordnetenversammlung am 26.10.2020

## ANTRAG

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt,  
dass die Ruhebänke im Naturschutzgebiet Haimberg instandgesetzt bzw. falls notwendig  
erneuert werden.

Darüber hinaus sollen die Standorte der Ruhebänke optimiert und erweitert werden.

### **Begründung:**

Das seit nunmehr seit 30 Jahren mit einer Flächengröße von 66 Hektar, anerkannte  
Naturschutzgebiet Haimberg zwischen Mittelrode und Haimbach soll die Landschaft und ihre  
Lebensraumfunktionen schützen und erhalten. Ein Naturschutzgebiet dient aber auch der  
Nutzung durch den Menschen und ermöglicht eine erholsame Freizeitgestaltung.  
Die in dem Schutzgebiet aufgestellten Ruhebänke sind teilweise sehr sanierungsbedürftig.  
Dazu fügen wir im Antrag nur einige anschauliche Beispiele als Fotos bei. (siehe Anlagen)

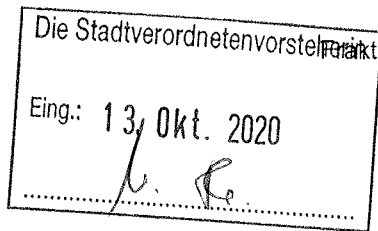
Berichterstatter: Michael Ruppel

Patricia Fehrmann

Fraktionsvorsitzende

(Fraktionsassistent)

# **DIE LINKE.** Offene Liste



Fraktionsvorsitzende Karin Masche  
[karin.masche@fulda-vogelsberg.de](mailto:karin.masche@fulda-vogelsberg.de)  
Internet: <http://www.fuldawiki.de>

36037 Fulda  
Schlossstraße 5

An  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann



Fulda, 13.10.2020

## **Antrag**

### **Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Verpflichtung**

---

Die Fraktion „Die Linke.Offene Liste“ beantragt:

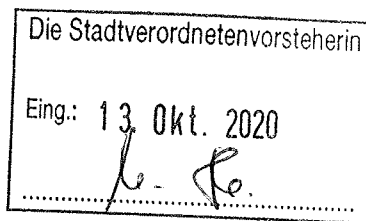
*Die Stadt Fulda erklärt sich zu einem „Sicheren Hafen“ für aus Seenot Gerettete.*

*Sie setzt damit ein Zeichen für Solidarität und Mitmenschlichkeit und leistet ihren Beitrag, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. Sie erklärt sich damit ausdrücklich bereit, das kirchliche Rettungsschiff der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Bemühungen des Bischofs von Fulda sowie zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Organisationen zur Rettung von Ertrinkenden zu unterstützen.*

*Karin Masche*

Telefon: 0661 74924

| [info@gruene-fulda.de](mailto:info@gruene-fulda.de)



An die Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

Fulda, 23.08.2020

36037 Fulda

30

### Antrag „Wohnmobilparkplatz Johannesau“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Wohnmobilparkplatz Johannesau attraktiver zu machen. Bisher gibt es dort nur Strom, künftig soll es neben Trinkwasser auch eine Abwasserentsorgung geben.

Begründung:

Der komfortablerer Wohnmobilplatz in der Weimarer Straße mit Strom, Wasser und Abwasser sowie die Parkplätze gepflastert und beschattet kostete 6 Euro am Tag.

Der Wohnmobilparkplatz in der Johannesau kostet 5 Euro am Tag. Die Abwasserentsorgung soll in der Weimarer Straße erfolgen.

Durch die Corona-Pandemie ist bereits in diesem Jahr ein erheblicher Anstieg (bis zu 30 % mehr) an Urlaub mit dem Wohnmobil zu verzeichnen, daher sehen wir es als Sinnvoll die Infrastruktur für Wohnmobile zu verbessern.

Ulrike Schmelz

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90//DIE GRÜNEN

Telefon: 0661 74924

| [info@gruene-fulda.de](mailto:info@gruene-fulda.de)

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 13. Okt. 2020
<i>[Handwritten Signature]</i>

An die Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

Fulda, 13.10.2020

36037 Fulda

37

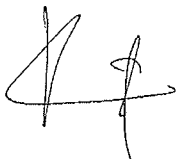
### Antrag „Verbot von Plastiktüten auf dem Fuldaer Gemüsemarkt“

Mittlerweile gehen immer mehr Kommunen dazu über, zur Vermeidung des Plastikmülls, auf ihren Märkten Plastiktüten zu verbieten. Zuletzt hat die Stadt Hanau ein solches Verbot ausgesprochen.

Auf dem Weg zur „Green City“ stellt ein solches Verbot einen wichtigen Schritt dar.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellen den Antrag auf dem Fuldaer Gemüsemarkt die Verwendung von Plastiktüten durch die Händler zu untersagen.

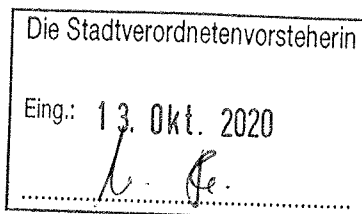
Ernst Sporer



i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90//DIE GRÜNEN

Telefon: 0661 74924

| [info@gruene-fulda.de](mailto:info@gruene-fulda.de)



An die Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

Fulda, 23.08.2020

36037 Fulda



### **Antrag „Zusatz-Signalisierung für Feuerwehr und Notarztwagen“**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, ein Zusatz-Signal (Rundumleuchte oder Achtung Rettungseinsatz) an der Ampelanlage (Bardostraße / Sickelser Straße) sowie einer Zusatzsignalisierung Kreuzung (Sickelser Straße / An St. Florian).

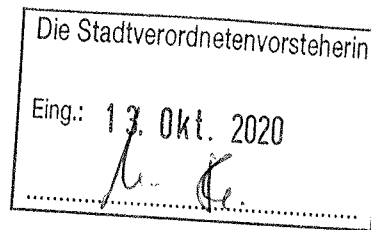
Begründung:

Immer wieder kommt es vor, dass wartende Verkehrsteilnehmer die Ampelschaltung ignorieren und die Fahrt fortsetzen. Dabei kommt es zu gefährlichen Zusammentreffen mit Rettungswagen oder Feuerwehr.

Ulrike Schmelz

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90//DIE GRÜNEN

Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Ute Riebold  
Stadtverordnete Fulda  
Heinrichstraße 10  
36037 Fulda  
ute@riebold.eu  
<https://www.die-fraktion-fulda.de>



13.10.2020

**Antrag**  
**SVV 26.10.2020**

**Seenotrettung und Menschlichkeit sind keine Verbrechen**

Die Stadt Fulda erklärt sich auch zu einem "Sicheren Hafen" für Geflüchtete, um ein Zeichen für Solidarität und Mitmenschlichkeit zu setzen und ihren Beitrag zu leisten, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen zu beenden.

Eine Begründung sollte sich erübrigen – eigentlich. Dies repräsentiert Fulda jedenfalls nicht:

Am 24. September 2020 fand eine denkwürdige Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Jugend im Bürgersaal des Bürgerzentrums Ziehers Süd statt. Punkt 2 der Tagesordnung lautete: Beitritt der Stadt Fulda zum Bündnis „Sicherer Hafen“. Bürgermeister Dag Wehner riet vehement davon ab, den Anträgen und Eingaben mit dem Ziel, Fulda zum sicheren Hafen zu erklären, zuzustimmen. Er erklärte, dies würde einen Pull-Effekt bewirken, also mehr Menschen zur Flucht bewegen und nach Fulda führen und begründete mit: „2015 war eine Falle, in die wir nicht nochmals tappen.“ Zudem bezeichnete er sich mehrmals als „Magistrat“. Der Magistrat besteht in Fulda aus 14 Menschen und ist laut Hessischer Gemeindeordnung (HGO) ein Kollegialorgan an der Spitze der Verwaltung. Weiter wurde aus den Reihen der Koalitionsfraktionen mit dem Attribut „christlich“ geäußert, man müsse auf eine gesamteuropäische Lösung warten. (Zu gesamteuropäisch: EU-Staaten, die sich weigern, Geflüchtete aufzunehmen, sollen helfen, nicht anerkannte Flüchtlinge wieder loszuwerden – im Rahmen von „Abschiebepatenschaften“. Damit hat die EU-Kommission einen extrem zynischen Politeuphemismus geprägt.)

Angesichts des menschlichen Elends auf den Meeren und in den Lagern an den EU-Außengrenzen muss auch Fulda einen Beitrag leisten, die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen zu beenden.

Derzeit gehören 194 deutsche Kommunen der Initiative "Seebrücke – schafft Sichere Häfen" an. <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>

Voraussetzung ist, dass mindestens eine der Forderungen der SEEBRÜCKE erfüllt wird: <https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/01/Forderungen-Sicherer-Hafen.pdf>

[https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019\\_06\\_03\\_potsdamer\\_erklaerung.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf)

<https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2018/11/Fact-Sheet-und-Argumentationshilfe.pdf>

  
Ute Riebold